

Beschädigtes Instrument

Bleibt die Tarifpolitik beim Bündnis für Arbeit ausgeklammert, hat die Gesprächsrunde ihren Sinn verloren. Schuld trägt der Bundeskanzler **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Freitag ist es wieder so weit. Dann kommen die Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung zu einer neuen Runde des „Bündnisses für Arbeit“ beim Kanzler zusammen. Eine echte Chance angesichts der lahmen Konjunktur und der steigenden Arbeitslosenzahlen, könnte man meinen.

Weit gefehlt. Die Gesprächsrunde wird nichts an der Misere des deutschen Arbeitsmarkts ändern, denn von Anfang an krankte die Veranstaltung an einem Kardinalfehler: Es wird zu oft über Dinge geredet, bei denen kein Gesprächsbedarf zwischen den einzelnen Gruppen besteht.

So lassen die Firmen ihre Beschäftigten ja nicht aus bösem Willen Überstunden machen, statt Arbeitsplätze zu schaffen. Ursache sind vielmehr einschränkende Vorschriften, die die Einstellung neuer Mitarbeiter erschweren. Um diese Probleme zu lösen, braucht man kein Bündnis für Arbeit, sondern eine handlungsfähige Regierung mit guten Beratern.

Im Bündnis müssten stattdessen Themen diskutiert werden, die eine Kooperation von Gewerkschaften und Arbeitgebern nahe legen – etwa die Tarifpolitik. Gerade die droht aber diesmal außen vor zu bleiben. Er sehe „überhaupt keinen Anlass, am Bündnistisch über Lohnpolitik zu reden“, tönte Verdi-Chef Frank Bsirske.

Beschäftigungsaufbau blieb aus

Es ist nicht allein die Schuld der Gewerkschaften, dass das Bündnis für Arbeit eine zunehmend sinnlose Veranstaltung wird. Aus Sicht der Arbeitnehmer ist es verständlich, keine Lohnzurückhaltung zu versprechen. Schließlich hatte man sich schon in den vorangegangenen Tarifrunden nach entsprechenden Bündnisvereinbarungen auf gemäßigte Lohnabschlüsse geeinigt. Der gesamtwirtschaft-

liche Produktivitätszuwachs sollte dafür dem Beschäftigungsaufbau dienen. Im Klartext: Die Lohnsteigerungen sollten niedriger ausfallen als der Verteilungsspielraum aus Produktivitätszuwachs und erwarteter Inflation. Die Unternehmen sollten ihre zusätzlichen Gewinne nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

So stiegen die Tarifverdienste in Deutschland in den vergangenen Jahren um jährlich kaum mehr als zwei Prozent – also lediglich um die Inflationsrate. Doch der nachhaltige Beschäftigungsaufbau blieb aus. Jetzt fühlen sich die Gewerkschaften über den Tisch gezogen.

Dass das Konzept Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigungsaufbau schief gehen musste, liegt an der makroökonomischen Logik. Denn die Lohnkosten des einen sind immer auch die Einkommen des anderen. Bleiben die Lohnabschlüsse hinter Produktivitätszuwachs plus Inflationsrate zurück, haben die Beschäftigten am Ende weniger Geld in den Taschen. Die Nachfrage schwächelt, den Unternehmen fehlt der Umsatz, und Investitionen bleiben aus.

Das heißt natürlich nicht, dass die Kaufkraftlogik der Gewerkschaften stimmt, wonach die Konjunktur sofort anspringt, wenn die Löhne kräftig genug zulegen. Wenn alle Löhne stärker steigen als die Produktivität, nehmen nicht nur die verfügbaren Einkommen zu. Auch die Kosten der Unternehmen wachsen. Mit gestiegener Nachfrage und höherem Aufwand auch bei den Konkurrenten können die Firmen ihren Kostendruck an die Kunden weitergeben. Die Preise steigen, die Real-löhne bleiben hinter dem zurück, was sich die Gewerkschaften erhofft hatten.

Was flächendeckende Lohnabschlüsse leisten können, ist, Regierung und Zentralbank die Arbeit zu erleichtern. Indem die Tarifparteien verhindern, dass von der

Lohnseite Preisdruck entsteht, können Zentralbank und Finanzminister einen expansiveren Kurs fahren. Als Lohnleitlinie heißt das: Lohnabschlüsse in Höhe des Produktivitätszuwachses plus der angestrebten Inflationsrate – denn damit entwickeln sich die Lohnstückkosten wie die Inflation. Für Wachstum haben dann Geld- und Fiskalpolitik zu sorgen.

Politik gegen Nachfrageschwäche

In den vergangenen Jahren litt Deutschland vor allem an einer Nachfrageschwäche. Ursachen waren unter anderem steigende Beiträge zu den Sozialversicherungen und höhere Energiepreise, wodurch den Beschäftigten immer weniger in der Tasche blieb. Hier hätte Gerhard Schröder einen sinnvollen Kompromiss mit Gewerkschaften und Arbeitgebern aushandeln können – nach dem Motto: Angesichts des gestiegenen Ölpreises entlastet die Regierung die Beschäftigten mit weiteren Steuersenkungen, dafür verpflichten sich diese zur Mäßigung bei den Lohnforderungen. Das hätte möglicherweise auch die Angst der Europäischen Zentralbank vor inflationären Lohnabschlüssen dämpfen können.

Flächentarifverträge wie in Deutschland mögen viele Nachteile haben. Ihr Vorteil ist aber, dass sie eine bessere makroökonomische Steuerung der Volkswirtschaft ermöglichen. Schröder hat diese Logik nicht verstanden. Er hat die Gewerkschaften im Bündnis in guten Zeiten zu übertriebener Lohnzurückhaltung gedrängt. Und er hat versäumt, seinen Teil zum makroökonomischen Policy-Mix beizutragen. Jetzt ist das Instrument „Bündnis für Arbeit“ so beschädigt, dass es wohl kaum noch etwas bewirken wird.